

Lebenslanges Lernen im deutschen Hochschulsystem – das Beispiel der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik

Andrä Wolter

DIE HWP VOR DEM AUS?

Die Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik (HWP) zählt sicher zu den wenigen interessanten „Farbtupfern“ in einer ansonsten etwas „grauen“ deutschen Hochschullandschaft. Die Entwicklung des deutschen Hochschulsystems wurde über Jahrzehnte primär von der Erwartung ähnlicher oder jedenfalls vergleichbarer Struk-

turen, Angebote und Standards geprägt und weist deshalb ein im internationalen Vergleich hohes Maß an Homogenität auf. Erst mit der in den letzten zehn Jahren massiv aufgebrochenen Reformdebatte wurden die deutschen Hochschulen in stärkerem Maße vor die Anforderung gestellt, neue Strategien vertikaler und horizontaler Differenzierung und damit neue Formen der Arbeitsteilung und des Wett-

bewerbs untereinander zu entwickeln. Dagegen ist die HWP eine der wenigen deut-

Andrä Wolter, Prof. Dr., Technische Universität Dresden,
Fakultät für Erziehungswissenschaften, Institut für Allgemeine Erziehungswissenschaft
e-mail: awolter@rcs.urz.tu-dresden.de

schen Hochschulen, die den Weg der Profilbildung schon ging, als dies hochschulpolitisch noch keineswegs opportun war, die sogar in gewisser Weise von ihren Anfängen an eher ein Exot in der deutschen Hochschullandschaft war.

Viele Ansätze und Maßnahmen, die an der HWP schon seit langem praktiziert werden – wie z.B. gestufte Studiengänge, praxisorientiertes Studium, Auswahlverfahren beim Hochschulzugang, intensive postgraduale Weiterbildung – entsprechen ziemlich genau dem hochschulpolitischen Paradigma, mit dem die deutschen Hochschulen in den letzten Jahren seitens des Staates oder intermediärer hochschulpolitischer Einrichtungen (wie dem Wissenschaftsrat) immer wieder konfrontiert wurden (und immer noch werden). Man könnte deshalb meinen, die HWP sei ein geeigneter Kandidat, als führende deutsche Reformhochschule ausgezeichnet zu werden. Nicht so in Hamburg: Hier hat der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg ganz im Gegenteil im Juni 2003 beschlossen, die HWP als selbständige Hochschule aufzugeben und sie zusammen mit den bisherigen Fachbereichen für Wirtschaftswissenschaften und Sozialwissenschaften in eine neue Einheit – mal als Sektion, mal als Fakultät bezeichnet – zu überführen. Die HWP knüpfte an die Neuwahl der Hamburger Bürgerschaft im Februar 2004 die, wie sich zeigte, allzu optimistische Hoffnung, eine andere politische Konstellation könnte diese Entscheidung vielleicht noch einmal revidieren. Bekanntlich führte die Wahl aber dazu, dass sich die Befürworter einer solchen Fusion einer noch größeren Mehrheit als zuvor erfreuen können.

RÜCKBLICK: DIE ENTWICKLUNG DER HWP

Die HWP ist eine Nachkriegsgründung. Sie wurde 1948 unter dem Namen „Akademie für Gemeinwirtschaft“ unter anderem mit dem Ziel gegründet, Führungspersonal für gemeinwirtschaftliche Unternehmen und andere Institutionen auszubilden.¹ Die neue Einrichtung zeichnete sich von vornherein durch zwei Besonderheiten aus, die allerdings zur Konsequenz hatten, dass sie lange Zeit außerhalb oder ganz am Rande des etablierten Hochschulsystems stand:

– Sie war aufgrund ihres spezifischen Bildungsauftrags und ihrer gesellschaftspolitischen Mission den Gewerkschaften in be-

sonderer Weise verbunden, nicht zuletzt auch der Hans-Böckler-Stiftung (bzw. deren Vorgänger, der Stiftung Mitbestimmung); – und sie war eine Art Hochschule des Zweiten Bildungswegs, die es sich zum Ziel gemacht hatte, beruflich qualifizierten Bewerbern offen zu stehen, die ansonsten aufgrund ihrer sozialen Lebensbedingungen oder anderer Hindernisse von einer Hochschulausbildung ausgeschlossen wären.

Im Jahr 1961 wurde die Akademie für Gemeinwirtschaft in „Akademie für Wirtschaft“ umbenannt, seit 1970 trug sie dann den Namen „Hochschule für Wirtschaft und Politik“. Schrittweise wurden Studium und Abschluss aufgewertet: Endete das Studium zunächst mit einem bloßen Zertifikat, so erhielten die Absolventen seit den 60er Jahren eine Graduierung und seit den 80er Jahren ein Diplom.

Seit den 80er Jahren bietet die HWP ein wissenschaftliches Studium mit einem als gleichwertig anerkannten Abschluss an. Die Struktur des Studiums unterscheidet sich von den universitären Diplomstudiengängen allerdings durch Praxisnähe, gestuften Aufbau und Interdisziplinarität. Im Jahr 1993 erhielt die HWP auch formell den Status einer Universität, seit 2001 heißt sie Universität für Politik und Wirtschaft. Sie ist eine der ersten deutschen Hochschulen, die – zunächst im Bereich der Weiterbildung, dann auch im Erststudium – Masterprogramme anbietet. Inzwischen hat sie das gesamte Studium auf ein konsekutives Modell (analog der Bachelor-Master-Struktur) umgestellt, übrigens als erste der Hamburger Hochschulen. Von ihrer Größe her ist die HWP eine übersichtliche Einrichtung. Sie hat heute ca. 2.500 Studierende in einer begrenzten Zahl an Studiengängen sowie ca. 85 Lehrende, überwiegend Hochschullehrer/innen (Professoren und Hochschuldozenten) aus den Fächern Betriebs- und Volkswirtschaft, Rechtswissenschaft und Soziologie.

Während 60 % der Studienplätze an der HWP für Bewerber und Bewerberinnen mit den üblichen schulischen „credentials“ reserviert sind, stehen die anderen 40 % solchen offen, die nicht über eine herkömmliche schulische Studienberechtigung verfügen, sondern eine Aufnahmeprüfung, eine Art Studierfähigkeitsprüfung, an der HWP absolviert haben. Zielgruppe sind hier Personen mit einer abgeschlossenen beruflichen Ausbildung und berufspraktischen Vorerfahrungen.

Diese Prüfung ist nicht wie viele der anderen berufsbezogenen Zugangswege, die in den Bundesländern in verschiedenen Varianten praktiziert werden, der schulischen Reifeprüfung mit ihrer starken Lehrplan- und Schulfachorientierung nachgebildet. Vielmehr versucht sie, die für ein erfolgreiches Studieren wichtigen Fähigkeiten und Voraussetzungen mit einem Verfahren festzustellen, das der Idee einer bildungswegunabhängigen individuellen Kompetenzprüfung nahe kommt. Modell hierfür sind unter anderem die im angelsächsischen Raum entwickelten so genannten APEL-Verfahren (assessment/accreditation of prior experiential learning). Über diese Studierendengruppe hinaus, die die HWP im Rahmen dieses hochschuleigenen Auswahlverfahrens zulässt, verfügt auch ein großer Teil der anderen Studierenden über eine berufliche Vorqualifikation; insgesamt sind dies etwa zwei Drittel aller Studierenden. Insofern kann die HWP ihrem Profil nach immer noch als eine Hochschule des Zweiten Bildungswegs gelten.

CHRONOLOGIE UND STAND DER DEBATTE

Die aktuelle Debatte über den Status und die geplante Inkorporation der HWP wurde im Jahr 2002 durch die Entscheidung des Hamburger Senators für Wissenschaft und Forschung ausgelöst, einen grundlegenden Umbau der Hamburger Hochschullandschaft vorzunehmen. Als erster Schritt wurde eine „Strukturkommission“ unter der Leitung des ehemaligen Ersten Bürgermeisters, *Klaus von Dohnanyi*, eingerichtet, die mit der Ausarbeitung eines Gutachtens mit Empfehlungen für diese Umgestaltung beauftragt wurde. Der Bericht der Dohnanyi-Kommission lag im Januar 2003 vor und hatte für die HWP – zugespitzt formuliert – die fatale Folge, gleichsam zu Tode gelobt zu werden. Die Kommission schlägt neben vielerlei weniger strittigen Maßnahmen, die im Großen und Ganzen der verbreiteten hochschulpolitischen Reform „philosophie“ entsprechen, auch eine weitreichende organisatorische Neugliederung der Hamburger Hochschulen vor, unter anderem die Schaf-

¹ Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik (HWP) (2003): Selbstdokumentation für den Akkreditierungsrat, Hamburg (verf. Man.).

fung weitgehend selbständiger Studien- und Forschungsbereiche, die in dem Bericht als Sektionen oder auch als schools bezeichnet werden.

Als erste Maßnahme in diese Richtung sollen bisher getrennte Fachbereiche oder eigenständige Einrichtungen zu gemeinsamen Einheiten zusammengeführt werden. So wird die Gründung einer weitgehend autonomen „Sektion für Wirtschaft und Politik“ an der Universität Hamburg unter Einbeziehung der HWP und der Fachbereiche Sozial- und Wirtschaftswissenschaften der Universität empfohlen (was auch immer hier „autonom“ heißen mag). Das Dohnanyi-Gutachten bescheinigt der HWP dabei ironischerweise eine gewisse Vorbildfunktion für die geplante Strukturreform: So heißt es in dem Bericht² ausdrücklich, dass

- „die besonderen Qualitäten der HWP, auch im Blick auf den Hochschulzugang, ... unbedingt zu erhalten“ sind,
- die grundständigen Studienangebote der neuen Sektion „von den positiven Erfahrungen der HWP geprägt sein“ sollen,
- insbesondere die flächendeckende Einführung des Bachelor-/Master-Studiensystems „unter Berücksichtigung der positiven Erfahrungen der HWP“ erfolgen soll.

Die Vorlage dieser Empfehlungen löste einen anhaltenden Konflikt zwischen Behörde, Universität und HWP über die empfohlene Fusion aus. Im Juni 2003 beschloss der Senat Leitlinien des geplanten Umbaus der Hamburger Hochschulen. Die Einzelheiten der Integration der HWP sollten, wie schon vorher angekündigt, in einem Moderationsprozess zwischen den beteiligten Einrichtungen und Fachbereichen ausgearbeitet und vereinbart werden. Dieser Prozess begann unter der Moderation von *Detlef Müller-Böling*, Leiter des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) in Gütersloh, und *Hans-Georg Schultz-Gerstein*, Präsident der Universität der Bundeswehr Hamburg, im September 2003. Der Moderationsprozess stand zunächst unter dem Vorzeichen, dass die Zusammenlegung eigentlich von keiner der betroffenen Hochschulen bzw. Fakultäten aktiv betrieben oder unterstützt, sondern ihnen eher aufgedrängt wurde.

Die HWP lehnte ihre Eingliederung in die Universität ab und kämpfte um ihren Erhalt, insbesondere um die Zugangswege

und Studiengänge. Die Universität zeigte sich in dieser Frage gespalten: Während Teile der Universität, vor allem die Universitätsleitung, primär den Stellenhaushalt der HWP im Auge haben, als Chance des Zuwachses oder der Kompensation anderweitiger Personaleinsparungen, stößt die Übernahme des HWP-Lehrkörpers bei vielen Angehörigen der betroffenen Fachbereiche, besonders der Rechtswissenschaft, auf eine deutliche Reserve, wie im Übrigen auch die Zugangs- und Studienorganisation der HWP hier nur teilweise positive Resonanz findet. Der Moderationsprozess wird daher von vornherein von kontroversen Erwartungen begleitet: Während die HWP auf einen „ergebnisoffenen“ Aushandlungsprozess drängt, geht die Seite der Integrationsbefürworter davon aus, dass nicht mehr das „ob“, sondern nur noch das „wie“ der Fusion zur Debatte steht.

Jetzt, etwa ein Jahr später, scheint das Schicksal der HWP als selbständige Institution weitgehend besiegelt zu sein. Selbst an der HWP geht eigentlich niemand mehr ernsthaft davon aus, dass die Fusion noch verhindert werden kann. Voraussichtlich wird die HWP am 1. April 2005 formal ihre Selbständigkeit verlieren. Gegenwärtig dreht es sich im Wesentlichen um die Konditionen, unter denen die Integration vollzogen wird und darum, wie die institutionellen Besonderheiten der HWP auch innerhalb einer gemeinsamen Sub-Einheit der Universität bewahrt werden können. Der HWP geht es dabei in erster Linie um den Erhalt des Profils ihrer bereits akkreditierten Bachelor- und Masterstudiengänge und des Hochschulzugangs. Dazu bedarf es einer institutionellen Absicherung, so dass die Frage der Stellung, der Zuständigkeiten und Rechte der neuen gemeinsamen Fakultät, insbesondere ihrer Untereinheiten (Departments), nicht zuletzt im Verhältnis zur Universitätsleitung, im Zentrum des weiteren Verhandlungsprozesses steht. Es ist wohl realistisch davon auszugehen, dass es nicht nur aufgrund der Kompetenzverteilung innerhalb der Universität, sondern auch aufgrund der schlichten Mehrheitsverhältnisse (und des bevorstehenden Generationswechsels) im erweiterten Lehrkörper ein sehr schwieriges Unterfangen wird, die besonderen Strukturmerkmale der HWP innerhalb des neuen institutionellen Organismus – gleich unter welcher Bezeichnung – auf Dauer zu erhalten.

Dennoch gibt es viel guten Willen und manche Absichtserklärung in diese Rich-

tung, ohne dass die unterschiedlichen Positionen verschwinden. Vertreter der Hamburger Wissenschaftsbehörde und auch die Moderatoren haben in unterschiedlicher Weise mehrfach betont, dass das besondere Studiengangprofil – unter Einschluss des Studiengangs – der HWP geschützt werden soll, wozu sich verschiedene formelle Regelungen anbieten (z.B. durch Zielvereinbarungen oder auf gesetzlichem Wege). Während die HWP hierfür eine institutionell-organisatorische Absicherung im Rahmen einer relativ unabhängigen Einheit innerhalb der Universität für notwendig hält, sieht die Universität das nicht für zwingend geboten an. Im Ergebnis des Moderationsprozesses gelingt es nicht, alle anstehenden Fragen einvernehmlich zu klären. Die beiden Moderatoren legen im Juni 2004 ein Papier vor, in dem sie die Ergebnisse des Moderationsprozesses unter Einschluss der kontroversen Punkte zusammenfassen und dokumentieren.³ (Dies ist der letzte dem Verfasser bekannte Stand der Debatte um die Zukunft der HWP).

Zentrale Fragen der zukünftigen Organisation einer gemeinsamen Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität Hamburg unter Einbeziehung der HWP bleiben jedoch strittig bzw. offen.

– Während die Moderatoren, die HWP und auch die Leitung der Universität Hamburg die Bildung von drei Departments innerhalb der neuen Fakultät (mindestens als Übergangslösung) und dabei die Integration der HWP als eigenes Department für Wirtschaft und Politik befürworten, stößt dies bei den Fachbereichen Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität auf wenig Gegenliebe. Sie halten zwei Departments für Sozial- und für Wirtschaftswissenschaften für hinreichend.

– Auch wenn insgesamt ein Konsens besteht, dass der neuen Fakultät eine Art „Semiautonomie“ zugestanden werden soll, kann nicht in allen Fragen der Organi-

2 Strukturkommission (2003): *Strukturreform für Hamburgs Hochschulen. Entwicklungsperspektiven 2003 bis 2012*, S. 8, 77, 79. Empfehlungen der Strukturkommission an den Senator für Wissenschaft und Forschung der Freien und Hansestadt Hamburg, Hamburg

3 Müller-Böling, D./Schultz-Gerstein, H.-G. (2004): *Ergebnisse des Moderationsprozesses zur Bildung einer Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität Hamburg nach Abschluss der Moderationsgespräche am 19. Mai 2004*, Hamburg, (verf. Man.)

sation der Studiengänge und der entsprechenden Verantwortlichkeiten sowie in einigen anderen Aspekten der fakultätsinternen Entscheidungs- und Leitungsstrukturen eine Einigung erzielt werden. Vor allem die konkrete Ausgestaltung der Departementebene und ihrer Zuständigkeiten im Verhältnis zur Fakultätsseite kann nicht vollständig geklärt werden.

DIE HWP IM KONTEXT DER INTERNATIONALEN UND STRUKTURELLEN HOCHSCHULENTWICKLUNG

Der Verfasser hat sich zusammen mit *Ulrich Teichler* in einer Studie mit der Frage auseinandergesetzt, wie sich das HWP-Modell des Zugangs und Studiums für Berufserfahrene in dem weiteren nationalen und internationalen Kontext der Beschäftigung mit nicht-traditionellen Studierenden und lebenslangem Lernen als einem neuen Aufgabenfeld der Hochschulen darstellt.⁴ Ausdrücklich mit dieser Studie nicht beabsichtigt war eine Befassung mit den operativen Details der Hamburger Hochschulpolitik. Einige wesentliche Ergebnisse dieser Studie sollen hier zusammengefasst werden.

In internationaler Perspektive lässt sich in den letzten vier oder fünf Jahrzehnten in vielen Ländern ein enger Zusammenhang zwischen der quantitativen Expansion der Hochschulen und der weiteren Differenzierung von Hochschulsystemen beobachten. Expansion und Diversifizierung scheinen weitgehend komplementäre Pfade der Hochschulentwicklung zu sein. Das heißt: In vielen Ländern ging das Wachstum des Hochschulsystems mit mehr Vielfalt einher, und das unter vier Gesichtspunkten:

- mehr Vielfalt in der Zusammensetzung der Studierenden,
- mehr Vielfalt in den Zugangswegen zu Hochschulen,
- mehr Vielfalt in den Institutionen des Hochschulsystems,
- mehr Vielfalt in den Programmen, die dort angeboten werden.

Im Zuge dieser Entwicklung kann man auch beobachten, dass in vielen Ländern neue Gruppen von Studierenden Zugang zum Hochschulsystem gefunden haben, die traditionell unterrepräsentiert oder sogar ausgeschlossen waren, wenn auch oft nicht in dem erhofften Umfang. Welche

Gruppen dies sind, unterscheidet sich stark von Land zu Land. Fast immer geht es dabei allerdings um ältere Studierende, insbesondere solche, die nach einer vorherigen Berufsausbildung und Berufstätigkeit über spezielle Zulassungsverfahren den Weg in ein Studium gefunden haben. Weitere Unterschiede betreffen die Formen, in denen sich diese Öffnung vollzieht. Drei Grundtypen lassen sich neben vielerlei Besonderheiten finden:

- Innerhalb eines Hochschulsystems öffnen sich alle Einrichtungen und Programme oder jedenfalls die Mehrzahl.
- Es öffnen sich nur bestimmte Institutionen oder Programme (z.B. solche Hochschulen, die sich nicht ausdrücklich als Forschungsuniversitäten mit Elite-Anspruch begreifen, oder eher berufsbezogene Hochschulen).
- Es bilden sich neue Einrichtungen heraus, oder es zentrieren sich bereits bestehende um das Ziel herum, nicht-traditionellen Studierenden ein Studium zu ermöglichen (z.B. Fernuniversitäten).

Für alle drei Typen lassen sich international Beispiele finden, und es ist im Vergleich nicht eindeutig zu sagen, welcher dieser Typen erfolgreicher ist als andere. Im Vergleich lässt sich aber feststellen, dass es mindestens drei förderliche institutionelle Bedingungen gibt, um Barrieren für nicht-traditionelle Studierende möglichst niedrig zu halten:

- Zum einen ein relativ großer Spielraum für Profilbildung von Hochschulen und – damit verbunden – ein möglichst geringer Vereinheitlichungs- oder Standardisierungsdruck auf die einzelnen Hochschulen;
- zum anderen ein größerer Dispositionsspielraum einzelner Hochschulen bei der Auswahl ihrer Studierenden, sodass die Hochschulen ihre Strategie der Profilbildung entsprechend auch beim Zugang umsetzen können,
- sowie schließlich die Organisation des Studienangebots in solchen Formen, die den besonderen Ansprüchen und Bedürfnissen nicht-traditioneller Studierender gerecht werden (z.B. als berufs begleitendes Teilzeitstudium).

Diese international beobachtbare Situation stellt sich nun wesentlich anders dar, betrachtet man die spezifische deutsche Situation.

(1) Die Hochschulexpansion hat sich in Deutschland fast ausschließlich über den gymnasialen „Königsweg“ zur Hochschule, nicht über eine Diversifizierung der Zugangswege vollzogen, sieht man von der Einführung der Fachhochschulen mit einer eigenen Vorbildungseinrichtung (Fachoberschule) ab.

(2) Größere bildungspolitische Aktivitäten zur Öffnung des Hochschulzugangs lassen sich in Deutschland eigentlich nur in der kurzen Phase zwischen dem Ausgang der 80er und der Mitte der 90er Jahre beobachten, als in fast allen Bundesländern im Zeichen einer befürchteten „Ausblutung“ des dualen Systems und der in diesem Zusammenhang aufgeworfenen Debatte über eine Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung spezielle Zugangswege zur Hochschule für Berufstätige neu geschaffen wurden.

(3) Diese Politik ist in Deutschland – quantitativ gesehen – jedoch nahezu erfolglos geblieben. Unter den OECD-Ländern gibt es nur ganz wenige, in denen der Anteil nicht-traditioneller Studierender so niedrig ist wie in Deutschland (unter 1%). Hamburg macht davon keine Ausnahme, wenn man den Anteil der HWP außer Acht lässt.

Man kann also mit einer gewissen Berechtigung sagen, dass in Deutschland der Versuch nicht übermäßig erfolgreich war, den Zugang zur Hochschule durch Maßnahmen zu öffnen, die an der Regelorganisation des Zugangs ansetzen. Dieser Befund lenkt den Blick auf solche Hochschulen, welche die Orientierung auf neue Zielgruppen ausdrücklich als Teil ihrer „mission“, ihrer „institutional policy“ begreifen und diese Orientierung zur Strategie ihrer Profilbildung machen. Dafür gibt es nur wenige Beispiele in Deutschland: Die Fernuniversität Hagen etwa, einige kleinere Fernstudienverbände, die private AKAD-Hochschule und eben die HWP.

In Deutschland lassen sich zurzeit einige zentrale hochschulpolitische Themen- und Handlungsfelder identifizieren, mit denen die Hochschulen in der einen oder

⁴ Teichler, U./Wolter, A. (2004): Studierchancen und Studienangebote für Studierende außerhalb des Mainstreams in Deutschland. Eine Bestandsaufnahme anlässlich der Diskussion über die Zukunft der HWP, hwp-Magazin 2, Hamburg

anderen Weise konfrontiert werden. Dazu zählen unter anderem: Erstens eine stärkere Differenzierung des recht einheitlichen deutschen Hochschulsystems auf der vertikalen (im allgemeinen als „ranking“ bezeichnet) und der horizontalen Achse (Profilbildung); zweitens das breite Thema, das mit dem Namen Bologna verbunden ist, insbesondere die Einführung gestufter Studiengangsstrukturen im Zuge der europäischen Harmonisierung; sowie drittens die stärkere Etablierung lebenslangen Lernens innerhalb des deutschen Hochschulsystems, was drei Aspekte umfasst:

- die Öffnung des Hochschulzugangs im Sinne der Anerkennung auch außerhalb des Schulsystems durch informelles und non-formelles Lernen erworbener Kompetenzen und Erfahrungen,
- die Reform und Flexibilisierung der akademischen Erstausbildung im Sinne lebenslangen Lernens
- und den Ausbau der Weiterbildung an den Hochschulen.

HOCHSCHULEN IM GLOBALEN WETTBEWERB UND DIE AUSGRENZUNG NICHT-TRADITIONELLER STUDIERENDER

Vor diesem Hintergrund besteht die ambivalente hochschulpolitische Entwicklung in Hamburg darin, ausgerechnet eine der ganz wenigen deutschen Hochschulen, die lebenslanges Lernen, einen besonderen Hochschulzugang und eine andere Art des Studierens zur Strategie ihrer Profilbildung

gemacht hat, in eine mainstream-Universität zu integrieren und damit die Gefahr zu befördern, genau diese besonderen Profilmerkmale auf Dauer zu beseitigen. Die HWP ist vielleicht die einzige deutsche Hochschule (oder jedenfalls eine der ganz wenigen), die zu Recht das Prädikat einer „Universität des lebenslangen Lernens“ verdient. Die Hamburger Universität verfolgt dagegen eine andere Ambition: Sie rechnet sich zu jener Kategorie von Hochschulen, die gegenwärtig um den – limitierten – Status einer „Eliteuniversität“ (was auch immer das sei) konkurrieren.

Je stärker sich Hochschulen unter verstärktem Wettbewerbsdruck (um knappe Ressourcen oder um akademische Reputation) darum bemühen, gleichsam in der ersten Liga mitzuspielen, sich also als international anerkannte Forschungsuniversitäten mit dem Anspruch auf Exzellenz zu etablieren (wie dies für die Universität Hamburg gilt), desto stärker neigen sie dazu, alles das auszugrenzen, was diesen Anspruch auf Exzellenz gefährdet. Neben Fächern, Studienangeboten oder Forschungsschwerpunkten, die im Wettbewerb nicht mithalten können, sind dies immer wieder solche Studierendengruppen, die in dieses Bild von Exzellenz – ob berechtigt oder unberechtigt – nicht ganz hineinpassen. Dazu zählen oft gerade nicht-traditionelle Studierende, die von Forschungsuniversitäten mit dem Anspruch auf internationale Exzellenz erfahrungsgemäß häufig eher als Ballast und nicht als Bereicherung empfunden werden. Die Chancen, ein solches Profil als Hoch-

schule des lebenslangen Lernens zu erhalten, sind von daher wohl für eine selbständige Einrichtung – in welcher Form auch immer – deutlich größer als für eine unselbständige Einrichtung unter dem Dach einer Universität, die sich selbst diesem Exzellenz-Druck unterwirft.

In nahezu allen Ländern der Bundesrepublik Deutschland haben finanzielle Engpässe und restriktive Haushaltspolitiken der öffentlichen Hand zu einem Überdenken der Hochschulstrukturen und -entwicklungsplanungen geführt. Manche Regierungen tendieren dabei unter Effizienzdruck eher zur Bündelung der Ressourcen und unternehmen Schritte, gerade solche Institutionen und Studienangebote einzuschränken, die eher am Rande des Hochschulsystems angesiedelt sind. Hier wird ein Planungsdilemma deutlich, das die Debatte über die Zukunft der HWP auch zu einem Lehrstück über lebenslanges Lernen und offenen Zugang unter den Bedingungen macht, die gegenwärtig den Umbau der Hochschullandschaft innerhalb stark verengter finanzieller und institutioneller Handlungsspielräume charakterisieren. Der Beobachter kann partikuläre Interessen – „Begehrlichkeiten“ – identifizieren, die sich an die Fusion der HWP knüpfen. Allein substantielle, überzeugende hochschulpolitische Argumente, warum eine Hochschule des lebenslangen Lernens nicht als eigenständige Institution in einer sich ausdifferenzierenden Hochschullandschaft ihren Platz finden und behalten kann, sind nicht recht erkennbar.